

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindendstraße 3
Telefon: Dönhoff 292 - 293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geldstr. 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 66, Cindendstraße 3
Telefon: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dawes für Räumung der Ruhr?

Brüssel, 30. Januar. (W.B.) Die „Libre Belgique“ schreibt: Wir sind in der Lage, folgendes zu erklären: Die Aufrechterhaltung der Ruhrbesetzung ist zu einer brennenden Frage geworden, nicht nur wegen des Regierungswechsels in London, sondern auch wegen des Sachverständigenausschusses Dawes. Die Mitglieder dieses Ausschusses, deren Aufgabe es ist, das deutsche Budget auszugleichen und die deutsche Währung zu stabilisieren, sind darin überein gekommen, daß ihre Arbeit unfruchtbar bleiben müßte, wenn sie nicht die Einkünfte aus dem Ruhrgebiet zuzählen. Mit anderen Worten: Die Sachverständigen verlangen, daß die Einnahmen der Eisenbahnen und anderer öffentlicher Dienste im Ruhrgebiet, die die Franzosen und Belgier beschlagnahmt haben, wieder in die Kassa des deutschen Budgets übergeführt werden. Es ist gewiß unmöglich, einem derartigen Verlangen der Sachverständigen Folge zu geben, ohne die Beendigung der Besetzung ins Auge zu fassen. Aus diesen Gründen haben die letzten Verhandlungen, die am Sonntag in Paris gepflogen worden sind, eine ganz besondere Bedeutung erlangt.

Einer internationalen Konferenz entgegen?

Paris, 31. Januar. (W.B.) „New York Herald“ veröffentlicht ohne Quellenangabe folgende Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung der Verhandlungen der Alliierten in der Reparationsfrage:

1. Die Sachverständigenkommissionen würden an die Reparationskommission berichten, die, bevor sie sich über diese Berichte ausspricht, Instruktionen von den Regierungen einholen werde;

2. Hierdurch würde der Weg für eine Konferenz zwischen den Premierministern freigeschafft werden, die Ende März stattfinden solle und zu der die Vereinigten Staaten und Deutschland eingeladen werden sollten. Die Verhandlungen zwischen den Kanzleien über die Befreiung der kleineren Meinungsoerschiedenheiten würden nach der ersten Fühlungnahme Macgonalds mit dem Parlament beginnen;

3. gleichzeitig mit der erwähnten Konferenz oder unmittelbar nach ihr soll der Versuch gemacht werden, Poincarés Plan zu einer internationalen Konferenz zur Revision der interalliierten Zahlungsverpflichtungen durch Streichung, Herabsetzung oder Konsolidierung zu verwickeln. Es werde die Hoffnung ausgesprochen, daß es Amerika möglich sei, im Interesse des europäischen Friedens hierbei mitzuwirken.

Sobald eine Verständigung erzielt sei, würde Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden unter der Bedingung, daß es seine Verpflichtungen erfüllt. Das Blatt glaubt feststellen zu können, daß man sich französischerseits für diesen letzten Gedanken zu erwärmen beginnt, da man von seiner Verwirklichung eine einmütige Haltung der Alliierten und der Vereinigten Staaten gegenüber einem etwaigen Verlassen Deutschlands erhofft.

Pfalzdiskussion Crewe - Poincaré.

London, 31. Januar. (W.B.) Wie das Reutersche Bureau erfährt, bezog sich die gestrige Unterredung des britischen Botschafters in Paris Lord Crewe mit Poincaré hauptsächlich auf die pfälzische Frage. Man glaubt, daß der britische Botschafter wiederum die in London herrschende Ansicht darlegte, daß es in Wirklichkeit gar keine pfälzische Frage gebe, und daß, sobald die französischen Behörden erst einmal die Unterstützung der separatistischen Bewegung einstellen, diese von selbst zusammenbrechen würde. Die britische Regierung hat, wie bereits betont wurde, durchaus die Absicht, die ganze Frage an ein internationales Schiedsgericht, wie z. B. den Haager Gerichtshof, zu überweisen. Es sind Meldungen verbreitet worden, daß die französische Regierung wünsche, daß sich die Botschafterkonferenz mit der Angelegenheit beschäftige, doch dürfte nach den Angaben gut unterrichteter Londoner Kreise hierauf kein übertriebener Nachdruck gelegt werden.

Die Linke des Senats gegen Blankovollmacht.

Paris, 31. Januar. (W.B.) Die demokratische Linke des Senats, die ihrer parteipolitischen Orientierung nach der radikalsozialistischen Gruppe der Kammer entspricht, hat zu den Finanzentwürfen der Regierung, über die zurzeit die Kammer verhandelt, folgende Entschlüsse angenommen: Die Gruppe gedenkt sich auf keinerlei Aufforderung einzulassen, die eine Befreiung der vorkrisenmäßigen strengen Kontrolle der Entwürfe zur Folge hätte. Jede Blankovollmacht, die in dieser oder jener Form der Regierung die Verantwortung für Ersparnisse überlassen würde, die nur unter der Bedingung einer allgemeinen Währungsreform auf Veranlassung des Parlaments zulässig ist, wird abgelehnt.

Die demokratische Linke ist die zahlenmäßig und politisch ausschlaggebende Gruppe des Senats. Daher ist diese Entschlüsse von besonderer Bedeutung.

Der Marseiller Parteitag.

Gegen die Ausbiederungsversuche der Kommunisten.

Marseille 31. Januar. (W.B.) Der Nachmittagsitzung des Sozialistenkongresses wohnten ein spanischer, ein italienischer und ein schweizerischer Delegierter bei. Der Generalbericht schließt damit ab, daß die Sozialistische Partei Frankreichs sich in ständigem Vormarsch befinde, wogegen in der kommunistischen Partei ein Zerfallsprozess zu konstatieren sei. Darauf wurde über eine Entschlüsse beraten, die auf

die Vorschläge der Kommunisten über die Schaffung einer kommunistisch-sozialistischen Einheitsfront bei den Wahlen Bezug hat. Der Abgeordnete Brade bekämpfte die Allianz mit den Kommunisten, da diese nur Wahlziele im Auge hätten. Wenn die Kommunisten sich mit den Sozialisten vereinigen wollten, so hätten sie die Wiederaufnahme in der Sozialistenpartei zu verlangen. In einem solchen Falle würden die Sozialisten sie aufnehmen. Sie würden aber nicht zu den Kommunisten gehen. Die Entschlüsse wurden darauf zur näheren Prüfung an die ständige Verwaltungskommission überwiesen.

Petroleumskandale in Amerika.

London, 31. Januar. (W.B.) Reuter meldet aus Washington: Präsident Coolidge hat den Demokraten Gregory und den Republikaner Stramm mit der eventuellen Anklageerhebung in der Frage der Petroleumkonzessionen beauftragt, in die der frühere Innenminister Hall und der Marine-Sekretär Denby sowie andere hohe Beamte verwickelt sind. Von dem mit der Untersuchung beauftragten Senatsausschuß wurde geprüft, ob die Behauptung richtig sei, daß Hall die Petroleumkonzessionen des Marine-Departements an Spekulanten überlassen habe. Eine der Persönlichkeiten, die ihm ein Darlehen gemährt hatten, hat vor dem Ausschuß bestätigt, ihm am 30. November 1921 100 000 Dollar geliehen zu haben, doch habe es sich nicht um Entgelt für Ueberlassung von Petroleumvorräten gehandelt, sondern um ein privates Darlehen, um Hall den Ausbau gewisser ländlicher Güter in Neu-Mexiko zu ermöglichen. Die Angelegenheit verursacht in ganz Amerika ungeheure Sensation, besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Einer Blättermeldung zufolge haben die demokratischen Mitglieder des Senats einen Antrag betreffend den obligatorischen Rücktritt des Marineministers und des Generalstaatsanwalts Daugherty eingbracht.

Washington, 31. Januar. (Eca) Der Senat hat mit 46 gegen 38 Stimmen eine Entschlüsse angenommen, wonach die Konzessionen für Petroleumkonzessionen in Kalifornien der Sinclair Dehony-Gruppe nicht übertragen werden sollen. Der Senat erklärt in seiner Entschlüsse, daß die Konzessionsverträge unter Umständen abgeschlossen worden seien, die auf „Betrug und Bestechung“ schließen lassen.

Saemisch gegen den „Vorwärts“.

Die deutsche nationale Sparkommission.

Staatsminister a. D. Saemisch und die Mitglieder der Verwaltungsausschusskommission, Dr. Lewald und Staatssekretär Dr. Busch, haben heute eine eingehende Besprechung über die Durchführung von Sparausgaben mit dem Sparauschuß des Reichstages gehabt. Bei dieser Gelegenheit hat Minister Saemisch auf die im „Vorwärts“ vom Mittwoch morgen wiedergegebene Meldung des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes hingewiesen und dazu folgendes erklärt:

„In der Presse ist in der letzten Zeit wiederholt behauptet worden, daß sich die Verwaltungsausschusskommission von parteipolitischen Gesichtspunkten leiten lasse. Ich benutze die Gelegenheit, um diesen Behauptungen an dieser Stelle ein für alle mal entgegenzutreten. Jeder parteipolitische Gesichtspunkt ebenso wie jede Erwähnung über Personen, die infolge der Beschlüsse der erwähnten Kommission in Wegfall zu kommen haben, scheiden bei der Tätigkeit der Kommission von vornherein aus. Schon die Konstruktion und die Arbeitsmethode der Kommission machen dies unmöglich. Da die Ressorts gegen jeden Beschluß der Kommission Einspruch beim Reichstabinett erheben können, verbleibt die politische Verantwortlichkeit allein dem Kabinett. Ich muß daher auch Verwahrung einlegen gegen die Art und Weise, in der die gestrige Morgenausgabe des „Vorwärts“ gegen die Tätigkeit der Verwaltungsausschusskommission auf dem Gebiet der Sozialversicherung Stellung nimmt. Wenn dort behauptet wird, daß die VVA nicht dem Staat, sondern der Schwerindustrie diene, so ist dies eine Verleumdung, die jeglicher Unterlage entbehrt. Im übrigen ist die Frage einer Vereinfachung oder Vereinheitlichung der Sozialversicherung in der VVA noch lange nicht so geklärt, daß eine Stellungnahme der Kommission zu diesem Fragenkomplex schon jetzt als feststehend angesehen werden kann.“

Die Entrüstung des Sparkommissars ist durchaus unangebracht. Ist es schon an sich ein schlechter Scherz, drei abgebaute deutsche nationale Staatssekretäre zu obersten Wächtern unparteiischen Personalabbaus zu machen, so gehört ein ungewöhnlich großes Maß von Naivität dazu, vorauszusetzen, daß alle Welt an die Loyalität der drei glauben müßte. Wir haben so zahlreiche Beschwerden über die Durchführung des Personalabbaus erhalten, daß uns die Versicherung des Sparkommissars, die „Ressorts“ hätten das Recht, sich beschwerdeführend an das Reichskabinett zu wenden, gar nicht imponiert. Man weiß ja, in welchen Händen sich die meisten dieser Ressorts befinden, und man kann daraus seine Schlüsse ziehen. Uebrigens ist das letzte Wort über die „Verleumdung“ des Herrn Saemisch noch nicht gesprochen.

Die Börse verkehrte heute bei ganz geringen Umsätzen aber in schwächerer Haltung. Die Geldmarktwerte haben sich nicht wesentlich verändert. Tagesliches Geld war mit 1/4 bis 1/2 pro Mille reichlich angeboten. Auch am Devisenmarkt zeigt sich keinerlei Veränderung der Lage.

Die Herrschaft der Generäle.

Ein aufgehobenes Verbot.

In unserer Ausgabe vom 30. Dezember gaben wir den vollen Wortlaut eines Artikels wieder, der in einer Reihe von sozialdemokratischen Blättern des Reiches abgedruckt war, ohne irgendwie von einer Behörde beanstandet zu werden. Nur die „Königsberger Volkszeitung“ war wegen Abdruck dieses Aufsatzes durch den Wehrkreiskommandeur auf eine volle Woche verboten worden. Der Artikel hatte dort die Ueberschrift getragen: „Ist die Verfassung abgeschafft?“ Gewissermaßen als Antwort auf diese Frage war das Verbot erfolgt.

Jetzt hat der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik sich auf Beschwerde mit dem Verbot beschäftigt und es, wie nicht anders zu erwarten war, glatt aufgehoben, es also für absolut rechtswidrig erklärt. Der Aufhebungsbeschluss hat diesen, auch für die Reichswehr-Generäle wichtigen Wortlaut:

St. R. N. 16/1924.

Beschluß.

In der Beschwerde der „Königsberger Volkszeitung“ gegen das für die Zeit vom 29. Dezember 1923 bis 5. Januar 1924 von dem Wehrkreiskommando I in Königsberg ausgesprochene Verbot dieser Zeitung

hat der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in nichtöffentlicher Sitzung vom 22. Januar 1924, an welcher teilgenommen haben

der Senatspräsident Dr. Schmidt als Vorsitzender,
der Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten,
der Landgerichtsdirektor Dr. Häbler,

beschlossen:

Das Verbot wird aufgehoben.
Die Kosten des Verfahrens sollen der Reichsstaatskasse zur Last.

Gründe.

Der Militärbefehlshaber zu Königsberg hat unterm 28. Dezember 1923 das Erscheinen der „Königsberger Volkszeitung“ für die obgenannte Dauer verboten, den in der Nummer vom 27. Dezember 1923 ein Artikel mit der Ueberschrift: „Ist die Verfassung abgeschafft?“ enthalten sei, in dem Maßnahmen der Regierung in der beherrschenden Weise angegriffen seien.

Der rechtsseitig eingelegten Beschwerde war der Erfolg nicht zu verlagern.

Der Artikel geißelt den von dem Reichspräsidenten gemäß Art. 48 Abs. 2, am 26. September 1923 angeordneten Ausnahmezustand insbesondere deshalb, weil letzterer nach den gegen Ende Dezember 1923 von dem Reichswehrminister Geßler abgegebenen Erklärungen immer noch weiter fortzuauern sollte.

Es ist dem Wehrkreiskommando insoweit beizutreten, als der Artikel einzelne bedenkliche Stellen enthält, die hart an der Grenze des noch Zulässigen liegen, wie z. B. die Ausführung, der Reichskanzler müsse es doch verstehen, daß eine tiefe Empörung, in unserer Reihen herrscht über eine Politik, die als tief unethisch, als Betrug empfunden wird“. An anderer Stelle heißt es, daß der Ausnahmezustand in seiner Entstehungsgeschichte „als Hinterlist“ empfunden werden müsse. Allein der Artikel gibt, im Zusammenhang gesehen, doch nur die tatsächliche Angelegenheit gemißer, politisch insichender Volkskreise über den seit Ende September u. J. bestehenden Ausnahmezustand in teilweise scharfer Form wieder und faßt subjektive Betrachtungen darüber an, daß und inwiefern diese Angelegenheit nach der Ueberzeugung des Artikelverfassers berechtigt ist. Dafür, daß diese Ausführungen zum Zwecke der Aufhebung der Beschränkung gemacht sind, fehlen genügende Anhaltspunkte.

Das Verbot unterlag daher der Aufhebung. Da der Staatsgerichtshof in voller Bezeichnung erst im nächsten Monat wieder zusammentritt, ist ein dringender Fall für vorliegend erachtet worden. Die Entschlüsse ist, da kein Mitglied widersprochen hat, für endgültig erklärt.

gez.: Schmidt, Baumgarten, Dr. Häbler.

Wie lange noch soll der Staatsgerichtshof sich mit Dingen beschäftigen, die durch den politischen Ueberreifer unpolitischen Generäle dem Reiche unnötige Kosten verursachen und zudem die politische Verbilligung ungeheuer zu steigern geeignet sind.

Wie lange noch soll der Ausnahmezustand bestehen, der heute nur noch von den Freunden der Rechtsputschisten für notwendig gehalten wird?

Wie lange noch sollen Generäle, anstatt sich ihren sozialen handwerksmäßigen Pflichten zu widmen, politische Fensterheben zertrümmern dürfen? Etwa bis der Ausnahmezustand Normalzustand geworden ist? Oder bis alle Wahlen in Deutschland unter der hohen Protektion von Reichswehroffizieren zugunsten der bürgerlichen Parteien entschieden sind?

Hasse und Hermann.

Der General mischt sich in das Verfahren.

Das thüringische Ministerium des Innern hat an den Reichswehrminister Dr. Geßler ein Schreiben folgenden Wortlauts gerichtet:

„In der zurzeit bei dem Untersuchungsrichter des Landgerichts in Weimar anhängigen Strafsache gegen den Herrn Staatsminister Hermann und Genossen haben sich die Thüringischen Ministerien der größten Zurückhaltung befleißigt, um in diesem Prozeß mit rein politischem Einschlag jeder Mißdeutung eines Eingreifens im Rahmen ihrer Befugnisse vorzubeugen. Nicht so der Herr Militärbefehlshaber in Thüringen. Er

Hergts „Marxismus“ wird verleugnet.

Gegenüber dem Major Anker, der sich jüngst in nicht zu verkennender Absicht an die „nationaldeutschen“ Juden heranschmied, wird von deutschnational-offiziöser Seite feierlich erklärt, der Major Anker stehe „mit diesem Standpunkt in Widerspruch zu den Auffassungen der Deutschnationalen Volkspartei, die seit Gründung des Reiches von den Juden keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß sie diesen Bestrebungen aus grundsätzlichen Bedenken ablehnend gegenübersteht“.

Die Deutschnationalen Partei hat sich also auf ihre völkische Tugend zurückbesonnen, nachdem ihr Vorsitzender Herr Hergt vor dem seinen berühmten Beteiligter an den Häuptling des Bürgerrotts, den jüdischen Kommerzienrat Marg geschriebe hatte. Zwar hat erst kürzlich die „Deutsche Zeitung“ zum Fall Rosenthal-Bürgerblock-Türingen stichfönd erklärt, daß man gelegentlich aus einen Konzessionsjuden schlucken müsse, um den „jüdischen Geist“ desto wirksamer zu bekämpfen, trotzdem wünscht man grundsätzlichen nicht gegrißt zu werden — wenigstens nicht unter den Linden!

Verchiebung der Reichstagsstimmung.

Der Reichstagsrat des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Termin des Zusammentritts des Plenums des Reichstages. Die Regierung wünschte, daß die Einberufung nicht früher als für die zweite Hälfte des Februar in Aussicht genommen werde. Die Anwesenheit der interalliierten Sachverständigen und die Beratungen über die dritte Steuernotverordnung und die Ausschüsse des Reichsrats und des Reichstags lasse einen früheren Termin ungewisslich erscheinen. Die sozialdemokratischen Vertreter befragten über die Einberufung des Reichstagsplenums so rasch als möglich, Voraussetzung dafür sei jedoch, daß die Regierung sich bereit erkläre, in der ersten Sitzung des Reichstages eine allgemeine Aussprache über die politische Lage zu ermöglichen. Außerdem erachteten sie es für erforderlich, daß die dritte Steuernotverordnung durch den Reichstag selbst beraten werde, statt auf dem Wege des Ermächtigungsgesetzes verordnet zu werden. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien stimmten dem Vorschlag der Regierung zu mit der Maßgabe, daß in einer späteren Sitzung des Reichstagsausschusses im ersten Drittel des Monats Februar der Termin der Reichstagsversammlung endgültig festgelegt werde. Außer den bereits tagenden Ausschüssen sollen weitere Ausschüsse in der Zwischenzeit nicht einberufen werden.

Zentrumsblätter gegen Stegerwald.

Dreslau, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Stegerwald wird wegen seiner Stellungnahme gegen den bekannten Offener Brief Dr. Births von den Zentrumsblättern Schlesiens ziemlich kräftig abgefaßt. So betont die „Schlesische Volkszeitung“, daß Stegerwald seine Ausführungen gegen Birth weder in seiner Eigenschaft als Zentrumsführer noch als Führer der christlichen Gewerkschaften gemacht habe. Vom Zentrumstandpunkt aus wären seine Ausführungen nach der Stimmung des Parteiausschusses inopportun gewesen und vom Standpunkt der christlichen Gewerkschaften aus müsse man bedenken, daß im Osten nicht die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, sondern der Deutschnational- Arbeiterbund die Arbeit der christlichen Gewerkschaften am kräftigsten angreife und ihren Mitgliederbestand am stärksten betreibe.

Eine Aufgabe für Chemiker und Ärzte.

Im „Bormeis“ vom 3. Januar besand sich eine Kugel, wonach zweijährige Arbeiterinnen in der Kartonnagenfabrik von Hesse u. Stahl, die mit dem Aufblähen von Federn auf Pappkartons beschäftigt waren, plötzlich bewußtlos zusammengebrochen sind. Die Ursache wurde in der verwendeten Kautschuklösung vermutet. Am 5. Januar wurde in Ergänzung dieser Kugel ein Bericht der Firma gedruckt, wonach die Kautschuklösung seit Jahren ohne irgendwelche Unzuträglichkeiten für die Arbeiter verwendet worden sei. Die Ursache wird auf Zerlegung der betreffenden Lösung durch Kälte zurückgeführt.

Da diese pöhlischen Erkrankungen nicht nur in der Kartonnagenfabrikation vorkommen und dementsprechend von weiterem Interesse sind, wollen wir verschiedene ähnliche Vorgänge in der Gummiwarenfabrik Böhmig in Herdorf (ehemals Harburg-Bien) bekanntgeben. Am 14. Januar 1922 erkrankten plötzlich 22 Arbeiterinnen in dieser Fabrik, die Gummischuhe mit Kautschuklösung zu armengussulben hatten. Am 16. Januar erkrankten weitere 4 und am 17. Januar 12 Arbeiterinnen. Die Krankheit äußerte sich zum Teil in Ubelkeit, zum Teil in leichter Bewußtlosigkeit. Eine Reihe von Arbeiterinnen konnte nach einiger Zeit ihre Wohnung selbst verlassen; andere mußten, weil schwerer erkrankt, ins Krankenhaus geschafft werden. Am 1. September 1923 erkrankten in demselben Betrieb plötzlich 27 Personen unter denselben Krankheitserscheinungen. Auch in diesen Fällen wurde von der Firma behauptet, daß die Kautschuklösung handelsübliches Benzol enthielt, das außer diesen Fällen solche Wirkung nicht gezeigt hätte. Die Arbeiter waren jedoch der Meinung, daß es sich um minder gut gereinigtes Benzol gehandelt hat. Gewerbeaufsicht und Kreisarzt konnten bestimmte Ursachen nicht feststellen. Die Ventilation war zweckentsprechend, wurde aber sofort erweitert. Im Bericht der Ursachen wies man auf ein Gutachten über die Giftigkeit von Lösungsmitteln des Herrn Dr. Hans Wolf in Berlin, der die Aufklärung vertritt, daß unter den Lösungsmitteln Benzol das weitaus giftigste darstellt. Wie Benzol technische Fette löst, löst es auch im Organismus die Fette und ähnliche Substanzen, die z. B. bei den Nerven und dem Gehirn einen außerordentlich wichtigen Bestandteil darstellen. Daher ist den meisten Lösungsmitteln die Schädlichkeit des Nervensystems gemein. Die Größe der Schädigungen hängt von der Menge der eingeatmeten Dämpfe, deren Konzentration, der Art der Lösungsmittel und von der persönlichen Empfindlichkeit der Arbeiter ab. Auch Prof. Dr. Lewin spricht sich über die Schädlichkeit des Benzols ähnlich aus und führt Fälle an, in denen Arbeiter von Benzoldämpfen bis zu Boden starben. Diese Angaben entsprechen dem Krankheitsverlauf. Die Benzoldämpfe wirken so auf die Nerven ein, daß leichtere oder schwerere Betäubung eintritt. Die Sachverständigen geben auch zu, daß jahrelang Arbeiter mit solchen Lösungen ohne Schädigung hantieren können und daß man, wie die Erfahrung lehrt, plötzlich Erkrankungen eintreten. Das dürfte darauf beruhen, daß die Widerstandsfähigkeit gegen Benzoldämpfe individuell sehr verschieden ist und beim gleichen Individuum je nach ungleichem Ernährungszustand, nach Überanstrengungen und nach überhöhter Krankheit wechselt. Da solche Mollenerkrankungen durch Lösungsmittel in der Werkstoffindustrie bekannt geworden sind, darf angenommen werden, daß die schlechten Ernährungszustände während und nach dem Krieg den Körper der Arbeiterinnen für die Dämpfe der Lösungsmittel empfänglicher gemacht haben, wodurch sich die gefährlichen Fälle erklären.

Da solche Lösungsmittel nicht nur in der chemischen Industrie hergestellt und in der Kartonnagen- und Gummiindustrie allein verwendet werden, die Vermeidung von Benzol vielmehr in ausgiebigem Maße in den verschiedensten Industrien erfolgt, ist beson-

dere Obacht aller Arbeiter, die mit solchen Stoffen in Berührung kommen, geboten. Es wäre jedenfalls auch eine dankbare Aufgabe für Chemiker und Mediziner, die Ursachen der Erkrankungen durch Kohlenwasserstoffe zu ergründen, damit die Arbeiter vor Schaden bewahrt bleiben.

Die ermordete Geliebte.

15 Jahre Zuchthaus für den Täter.

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I begann heute früh unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Bandmann die Verhandlung gegen den Bergmann Peter Elbers, der am 20. Dezember 1922 seine Geliebte Minna Hertel in ihrer Wohnung in der Wangelstraße 27 getötet hat. Die vom Staatsanwalt Latté erhobene Anklage lautete zwar nur auf Raub mit Todeserfolg, die Tat streift aber stark die Grenzen des Raubmordes.

Als der Vater der H., der Arbeiter Hertel, abends um 11 Uhr von der Arbeit nach Hause kam, fand er in der Küche das Gas brennen und wunderte sich, daß die Tochter nirgends zu finden sei. Nachdem er Licht gemacht hatte, entdeckte er zu seinem Schrecken, daß die Vermisste leblos unter der Bettdecke lag. Das Gesicht war mit der Bettdecke bedeckt und im Mund steckte ein Taschentuch als Knebel, die Hände und Füße waren mit Stricken und Lederriemen zusammengebunden. Es fehlten in der Wohnung auch verschleierte alte Kleider, Stiefel und andere Sachen des Mädchens. Am Nachmittag war die Getötete mit dem Anzeigebogen in die elterliche Wohnung gekommen, ehe der Vater sich zur Arbeit entfernt hatte. Der Verdacht lenkte sich nun auf den Angeklagten. Dieser war verschwunden und wurde erst nach längerer Zeit in Bismarckstr. 10 ermittelt. Er hatte sich bei der Minna Hertel, die verheiratet war, aber mit ihrem Mann in Ehe Scheidung lebte, als ein Gutsbesitzerjahn aus Schlesien Robert Kröschke eingeführt, bette von den Besitzungen seines Vaters erzählt, der 200 Schafe halte und nichts dagegen habe, wenn er die Hertel, nachdem sie geschieden sei, heirate. Der Angeklagte gab in der heutigen Verhandlung seine Tat zu. Er ist ein 37jähriger junger Mann, Ende der Zwanziger und mehrfach verheiratet. Er habe die Absicht gehabt, die Hertel zu heiraten, und sie hätten sich verlobt. Ihr Plan sei gewesen, zusammen nach Nordfrankreich zu fahren, wo er bei den Wiederaufbauarbeiten Beschäftigung zu bekommen hoffte. Sie seien in die Wohnung gegangen, um dort die nötigen Sachen mitzunehmen. Dort haben ihm die guten Kleider, Stiefel usw. des Reiters und der Braut gereicht, da er selbst abgerissen war, und er habe sie mit einpacken wollen. Die Hertel, mit der er zusammen im Bett lag, habe aber Widerspruch erhoben, und er sei dadurch so gereizt worden, daß er sie am Hals gepackt und festgehalten habe, bis sie rubig wurde.

Geh. Med. Rat Dr. Hofmann und Dr. Thiele von der Charité bezeichnen den Angeklagten als einen reißbaren Charakter und einen elementaren Vindiktiver, der aber für die Tat verantwortlich sei. Staatsanwalt Latté bezeichnet diesen Straftat als ein schändliches Mord und beantragte die Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Totschlag in Tateinheit mit schwerer Raub zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Ein Jahr der ersten Unterzuchthaus wurde auf die Strafe angerechnet. Der Angeklagte trat die Strafe sofort an.

Mit der Pistole gegen den Fredericus-Film.

Ein eigenartiger Uebersall wurde gestern abend auf das Lichtspieltheater Marienbad in der Badstr. 35/36 verübt. Hier wird seit einigen Tagen der berühmte Fredericus-Film gespielt. Gestern abend in der ersten Pause wurde die Tür des Vorführungsraumes, der vom Zuschauerraum ganz getrennt liegt und für sich durch eine Außentreppe zugänglich ist, plötzlich aufgestoßen und herein traten vier junge Burtschen, die mit den Pistolen in der Hand dem Vorführungspersonal stillstehen gebieten. Während drei die Leute mit der Waffe in Schreck hielten, geräumte der vierte bischwerell die Vorführungsapparate. Dann verschwanden alle vier so rasch, wie sie gekommen waren. Der Bergmann, der auch von den Zuschauern bemerkt wurde, spielte sich in wenigen Augenblicken ab. Bevor die im Theater anwesenden Beamten einreisen konnten, waren die Leute spurlos verschwunden. Die Ermittlungen blieben erfolglos. Nachdem sich die Aufregung gelegt hatte, schaffte die Theaterleitung andere Apparate heran und schloß die Vorstellung fort.

Preussisches Karnevalsverbot.

In einer Verfügung an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin verweist der Minister des Inneren auf seinen Erlass vom 26. Oktober 1922, in dem ein Karnevalsverbot für Preußen ausgeschrieben wurde. Aus den Bestimmungen dieses Erlasses, der für 1924 unverändert erweitert wird, teilt der Amtliche Preussische Polizeidienst folgendes mit: In Rücksicht auf die wirtschaftliche und politische Lage ist es geboten, auch in diesem Jahre die Karnevalsfeste in weitem Umfange zu verbieten. Der Minister erlaßt daher, die Bestimmungen einer auf seine Anregung erlassenen Polizeiverordnung über das Verbot öffentlicher karnevalistischer Veranstaltungen auch in diesem Jahre nachdrücklich zur Durchführung zu bringen. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß die von geschlossenen Vereinen veranstalteten karnevalistischen Sitzungen und die von geschlossenen Vereinen veranstalteten sog. Kostümfeste nicht unter das Verbot fallen.

Kein Schulabbau?

Von amtlicher Stelle wird über den angeblichen Schulabbau in Berlin mitgeteilt: „Von einem Teil der Presse werden uns einzelne gehende Nachrichten über einen angeblich geplanten weitgehenden Abbau der Berliner Lehrkräfte wiedergegeben, die Ausführung von Zahlen und von Lehrergruppen. An den maßgebenden Stellen ist vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mitgeteilt, von diesen Plänen nichts bekannt. Im Ministerium und im Provinzialkollegium liegen Pläne dieser Art nicht vor, und auch die städtischen Körperschaften Berlins haben sich mit diesen oder ähnlichen Plänen nicht beschäftigt. Es ist recht bedauerlich, daß durch derartige Mitteilungen, die sich den Anstehen authentischer Mitteilungen geben, in die beteiligten Kreise unnötige Beunruhigung getragen wird.“

Städtischer Kartoffelverkauf.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin verkauft Kartoffeln an jedermann zentnerweise ab Lager bei Abnahme von mindestens zwei Zentner. Sätze sind mitzubringen. Der Abgabepreis beträgt zurzeit bei Abnahme bis zu zehn Zentner 2,80 M. je Zentner ab Lager, bei Abnahme von mehr als zehn Zentner 2,30 M. ab Lager. Preisänderungen bleiben vorbehalten. Es empfiehlt sich, daß mehrere Verbraucher gemeinsam Kartoffeln einkaufen. Soweit nicht Vorauszahlung durch Einzahlung auf das Postcheckkonto Berlin 14924 erfolgt, sind die Kartoffeln bei der Abholung an den Lagerverwalter in bar zu zahlen. Der Verkauf findet in den Sägen in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags statt. Nähere Auskunft erteilt das Ernährungsamt der Stadt Berlin, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 79/80 (Telephon über Königsplatz Berlin). Die Verkaufsbüros am Nordbahnhof (Tel.: Humboldt 2887) und Ostbahnhof (Tel.: Köpenick 619) und die Lagerverwalter. Die Kartoffellager sind folgende: 1. Pannschuppen Oberhafen, veräußerte Sophie-Charlottenstraße, am Güterbahnhof, Befand (Tel.: Marienfeld Charlottenburg, Anhaltstr. 292). 2. Kofemotten I und II Spandau, an der Grünwaldstraße (Tel.: Spandau 558). 3. Gieschuppen Teufel, am Hofen (Tel.: Teufel 82, Nebenanschluß Firma Teufel). 4. SO., Buxtehuder Str. 14. 5. SO., Köpenicker Str. 24a (Tel.: Moritz

12 150). 6. S., Hakenheide 22/31 (Tel.: Moritz 10 516). 7. D., Frankfurt Allee 306 (Tel.: Königsplatz 2118). 8. R., Gartenstr. 14 (Tel.: Norden 3496). 9. R., Waisstr. 22/24 (Tel.: Zentrum 10 196, Nebenanschluß der Allgem. Berl. Omnibus-G.). 10. N., Schwebenstraße 14 (Tel.: Hansa 619). 11. D., Zentralbahnhof, Eidenow Straße, Kinderstraße J, H und h (Tel.: Königsplatz 3206). 12. Niederhöfstraße, Spreestr. 12 (Tel.: Oberhöfstraße 707, Nebenanschluß der Südwestwerke). 13. Lichtenberg, Großmarkthalle, Frankfurter Allee 146 (Tel.: Lichtenberg 344, Nebenanschluß Restaurant König). 14. Magerlehde Lichtenberg-Friedrichsfelde (Tel.: Lichtenberg 1644, Nebenanschluß Firma King). 15. Lagerhaus Tempelhof, Friedrichs-Ring-Straße (Tel.: Südring 206, Nebenanschluß Wehlpecher).

Großfeuer in Bohnsdorf. Gestern abend brach auf dem Grundstück der Wilschden Erben in Bohnsdorf Dorfstr. 8, ein Feuer aus, das die Scheune, in der 450 Zentner Getreide lagerten, vollständig in Asche legte. In der Brandstätte waren nacheinander die Feuerwehren von Bohnsdorf, Grünau, Köpenick, Niederhöfstraße, Schönefeld, Kottbus, Oberhof und Wilmshagen erschienen. Nach 2 1/2 Stunden Löscharbeit war es gelungen, das Feuer auf die Scheune zu beschränken. Allem Anschein nach liegt Brandstiftung vor. Menschen und Vieh sind zum Glück nicht zu Schaden gekommen.

Die geschliche Untermiete. Den Ausführungen im heutigen Morgenblatt ist wieder ein leidiger Druckfehler unterlaufen. Bei dem Zuschlag für elegant möblierte Zimmer: soll es nicht heißen 220 v. H., sondern — wie viele unserer Leser es schon erraten haben — 120 v. H.

16. Ost. Oberhöfstraße. Auslandsreise Freitag, 1. Febr., abends 7 1/2 Uhr, bei Indersg. Wilhelmshafenstraße.

Sport.

Der Stand des Sechstagerrenns.

Wie bereits im heutigen Morgenblatt berichtet, ereignete sich beim Ausfahren der 10-Uhr-Abendwertung ein schwerer Sturz, wovon Schrefeld, Hahn und Stolz betroffen wurden. Schrefeld mußte sich an Händen und Knien Verwundungen anlegen lassen. Hahn und Stolz erlitten nur unwesentliche Verletzungen. Schrefeld versuchte bald das Rennen fortzusetzen, mußte es aber doch aufgeben. In der 20. Stunde (kurz vor 2 Uhr nachts) scheidet auch Wittig wegen Schlüsselverletzung aus dem Rennen aus. Manthey erhält für den ausbleibenden Wittig Stabe als Partner, der ja durch den Sturz Schrefelds verweist ist. Die Mannschaft Manthey-Stabe ist infolge dieser Vorkommnisse eine Runde zurück.

Die 2-Uhr-Nachwertung.

Gegen 2 Uhr gerät alles in Aufregung. Bauer wagt einen Partsch und wird von Kohl auf des eifrigste verfolgt. Erst allmählich tritt Ruhe ein. Dann weist der Schuß, der den Beginn der Wertungsgruppe 10 Runden vorher angezeigt, wieder die allgemeine Aufmerksamkeit. Der Amerikaner Taylor bringt vor — um aber bald abgelöst zu werden. Infolge der Fußverletzung Hahns wird das Rennen wieder auf kurze Zeit unterbrochen. Die Spurts hatten folgendes Ergebnis: Erster Spurt: Bauer vor Soldow, Ledner und Wängner. Zweiter Spurt: Golle vor Krupat, Lorenz und Stolz. Dritter Spurt: Hufschke vor Ledner, Soldow und Bauer. Vierter Spurt: Lorenz vor Stolz, Taylor und Kohl. Fünfter Spurt: Hufschke vor Soldow, Bauer und Ledner. Der Stand des Rennens ist um 2 Uhr nachts: Lorenz-Soldow 63, Bauer-Krupat 52, Hufschke-Kohl 49, Schrage-Golle 32 Punkte. Zurückgelegt waren 935,485 Kilometer. Die 31. Stunde (4 Uhr nachts) zeigt die Kilometerzahl 1007,775.

Gewerkschaftsbewegung

Die Gewerkschaftsleiter.

Am 27. Januar tagte im Volkspark in Halle a. S. eine Konferenz der Ortsausschüsse des ADGB für den Regierungsbezirk Merseburg. Auf der Tagesordnung stand ein Referat des Genossen Tarnow vom Landesvorstand des ADGB über die wirtschaftspolitische Lage und die Gewerkschaften. Die kommunistischen Delegierten waren in der Mehrheit und forderten ein Korreferat des Bist. Berlin halten sollte, waren dann jedoch ihren Antrag wieder zurück, um in der Diskussion mit unbeschränkter Redefreiheit ihre Meinung an dem Mann zu bringen.

Genosse Tarnow konnte ungehindert sein Referat halten, das sich die Konferenz mit ungetrübter Aufmerksamkeit anhörte. Tarnow legte überzeugend dar, daß die heutige Wirtschaftslage, so schwer es auch falle, zu großen Härten nicht ansetzen sei. Vor allen Dingen müsse die Neubildung von Organisationen innerhalb der bestehenden Gewerkschaften unterbleiben, wenn nicht die Aktionskraft der Gewerkschaftsbewegung überhaupt untergraben werden soll. Seine Ausführungen fanden starken Beifall.

In der Diskussion erklärte der Landtagsabgeordnete Rogg-Wittenberg, daß die Kommunisten es in der Hand hätten, die heutigen Gewerkschaften in ihrer Stärke bestehen zu lassen oder sie zur vollständigen Ohnmacht zu verurteilen. Wenn die Gewerkschaften ihre Drehungen wachmachen, die Teilnehmer an der Weimarer Konferenz aus den Verbänden ausschließen, dann würden die Kommunisten mit üblicher Sicherheit von ihnen heute noch geschlossen gehaltene Ventile öffnen und den Massenstrom aus den Gewerkschaften propagieren. Sie hätten nur so lange ein Interesse an dem Bestehen der jetzigen Gewerkschaften, als ihr Einfluss zur Gewinnung der Mehrheit sich steigern.

Grundätzlich führte Rogg aus, unterzeichnete sich seine Richtung von der Politik des Gewerkschaftsbundes dadurch, daß dieser Verbesserungen der Arbeiterbewegung im Rahmen des heutigen Wirtschaftssystems durchführen wolle, während sie auf dem Starbunkt stünden, zuerst den Sturz des heutigen Wirtschaftssystems durchzuführen, um dann erst zu zeigen, daß es möglich wäre, praktische Vorteile für die Arbeiter zu erreichen. Die Mittel, die dazu führen lassen, betone ganz besonders der Defektive Grabow, der meinte, daß auf dem Wege der Aufklärung nichts zu schaffen sei. Es stünde besser um die Arbeiterbewegung, wenn sie mit Waffengewalt ihre heutige elende Lage ändern könne. Der größte Fehler sei gewesen, daß die Arbeiter feinerzeit sich haben entwaffnen lassen und heute einsehen müssen, daß sie mit den Waffen ihre Macht aus der Hand gegeben haben.

Nachdem die Debatte hauptsächlich von den Kommunisten als Erich für ihr Korreferat geküßt worden war, führten sie deren Schluß herbei, um dann mit einer Entschleunigung zu kommen, die nicht zur Diskussion gelangen sollte. In dieser Entschleunigung von Rogg wurde gefordert: Aufhebung des Belagerungszustandes, Nichtvertrauensvotum gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wegen des Ermächtigungsgesetzes, Anerkennung der Beschlüsse der Weimarer Konferenz und die Einberufung eines Gewerkschaftskongresses.

Zu dieser Entschleunigung gab Genosse Hesse die Erklärung ab, daß die Konferenz nicht zuständig sei, einen Beschluß über die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion herbeizuführen; daß er und seine Freunde ganz selbstverständlich für die uneingeschränkte Aufhebung des Belagerungszustandes seien, daß ihnen aber niemand zumuten könnte, für eine Zerstückelung der Gewerkschaften zu stimmen durch die Annahme der Weimarer Beschlüsse, die die

Aufhebung einer Sonderorganisation in den Gewerkschaften bedeuten. Aus diesem Grunde würden er und seine Freunde sich an der Abstimmung nicht beteiligen, weil aus der Ent-

